

OSTHOLSTEINBRIEF

BUNDESTAGSWAHL 2021

NUMMER 60

12. JAHRGANG

KREISVERBANDSINFO

LIEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER, LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

18 Monate Corona-Pandemie haben unsere Welt verändert. Die Erfahrungen sind in unser gemeinsames Gedächtnis eingegangen. In vielen Bereichen steht eine Richtungsentscheidung an. Was ist uns gute Gesundheitsversorgung wert? War das Lob für Pflegepersonal und Reinigungskräfte mehr als eine Momentaufnahme? Und wie stellen wir unseren Staat für künftige Krisen auf? Diese Fragen hat Corona noch einmal in den Fokus gerückt. Andere drängenden Themen wurden hingegen überlagert, ohne weniger wichtig geworden zu sein. Denn bei der Bundestagswahl am 26. September geht es auch um Klimaschutz. Um gesellschaftlichen Zusammenhalt und sichere Renten. Um gute Arbeit und bezahlbares Wohnen. Aber auch um starke Familien und den Zusammenhalt Europas. Darum ist unsere erste Bitte: Gehen Sie wählen! Das ist nicht nur im Wahllokal möglich, sondern bereits seit dem 12. August auch via Briefwahl.

Die SPD hat mit Olaf Scholz einen Kanzlerkandidaten aufgestellt, der bewiesen hat, was er kann. Als Bürgermeister von Hamburg. Als Finanzminister und Vizekanzler unseres Landes. Aber auch auf internationaler Ebene, wo er zum Beispiel eine globale Mindeststeuer gegen das Dumping der großen Konzerne durchsetzt. Olaf Scholz braucht weder Nachhilfe im Krisenmanagement noch einen geschönten Lebenslauf. Er würde unser Land als Bundeskanzler gut vertreten und die richtigen Prioritäten setzen. Und er kämpft für eine Gesellschaft, in der Respekt entscheidend ist!

Wir haben als SPD in Ostholstein eine Kandidatin, deren Engagement für die Region weit über unsere Partei hinaus anerkannt ist. Bettina Hagedorn ist die starke Stimme für Ostholstein in Berlin. Sie ist vor Ort verankert, an-

sprechbar und in bestem Sinne nah bei den Menschen!

Sie haben bei der Bundestagswahl zwei Stimmen. Mit der Erststimme können Sie Ihre Direktkandidatin für Ostholstein wählen, mit der Zweitstimme über die Stärke der SPD im neuen Bundestag entscheiden. Unsere zweite Bitte ist darum: Geben Sie beide Stimmen der SPD, unterstützen Sie Bettina Hagedorn und Olaf Scholz!

Und zum Schluss haben wir eine dritte Bitte: Lassen Sie sich nicht erzählen, die Wahl wäre bereits entschieden. Bei keiner der letzten Wahlen lagen die Umfragen auch nur annähernd richtig. Im Gegenteil, die Landtagswahlen des Frühjahrs wurden auf den letzten Metern entschieden. Vieles spricht dafür, dass sich dies auf Bundesebene wiederholt. Wer ab September regiert, entscheiden nicht die Umfragen, sondern ausschließlich Sie als Wählerinnen und Wähler. Zukunft passiert nicht einfach. Wir können darüber entscheiden. Nutzen Sie diese Chance! ■

Solidarische Grüße von
Ihren und euren
Kreisvorsitzenden
Gabriele Freitag-Ehler



und
Niclas Dürbrook



**Am 26.9.
SPD wählen!**

SPD Soziale
Politik für
Dich.

DER LANDERVORSTAND HAT NOMINIERT THOMAS LOSSE-MÜLLER SOLL SPITZENKANDIDAT ZUR LANDTAG

„Für mich war immer klar: Ich werde die Person vorschlagen, von der ich glaube, dass wir mit ihr die besten Chancen haben, die Landtagswahl zu gewinnen“, so begann die Landesvorsitzende Serpil Midyatli beim Landesparteirat am 15. August ihre einleitende Rede. Bereits in den Tagen zuvor war durch Medienberichte durchgesickert, dass der Vorschlag des Landesvorstands für den Listenplatz 1 zur Landtagswahl für die allermeisten eine Überraschung bringen würde. Viele hatten spätestens seit der Übernahme des Fraktionsvorsitzes zum Juli erwartet, dass Serpil als Landesvorsitzende auch von ihrem Zugriffsrecht auf die Spitzenkandidatur Gebrauch machen würde. Stattdessen machte sie dem Landesvorstand den Vorschlag, Thomas Losse-Müller für die Spitzenkandidatur zu nominieren. Ein Vorschlag, dem der Landesvorstand einstimmig folgte.

ZUSAMMENHALT ORGANISIEREN

Thomas Losse-Müller war nach der Landtagswahl 2012 zuerst Finanzstaatssekretär bei Monika Heinold, anschließend für Torsten Albig Chef der Staatskanzlei. Das sorgte damals zumindest hinter den Kulissen für einigen Gesprächsstoff. Denn Thomas war kein Sozialdemokrat, sondern Mitglied der Grünen. Und das blieb er bis vor einem Jahr – obwohl ihm schon beim Abschied des Albig-Kabinetts 2017 von Ralf Stegner der SPD-Mitgliedsantrag überreicht worden war. In seiner Vorstellungsrede vor den Delegierten beim Landesparteirat ging Thomas auch darauf ein. Die Gesellschaft stünde vor umwälzenden Veränderungen, vor allem wegen der Digitalisierung und des Kampfes gegen den Klimawandel. Diese Veränderungen könnten nur dann erfolgreich gelingen, wenn die Gesellschaft nicht auseinanderdrifte. Genau das könne nur der SPD gelingen. „Weil wir überall vertreten sind, können wir Zusammenhalt organisieren“, sagte er.

KLUGE ENTSCHEIDUNG

In der folgenden Aussprache berichtete unter anderem der ehemalige Ostholsteiner Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Lars Winter von der Zusammenarbeit mit Thomas Losse-Müller in der vergangenen Legislatur. Lacher erntete er für seinen Hinweis, dass einige erst einen Umweg gehen müssten, um die richtige politische Heimat zu finden. Denn Insider



wissen: Lars machte seine ersten politischen Schritte bei der Jungen Union im Kreis Plön. Anschließend lobten unter anderem Kiels Oberbürgermeister Ulf Kämpfer und Flensburgs Oberbürgermeisterin Simone Lange die Entscheidung des Landesvorstands für Thomas Losse-Müller als ausgesprochen klug. Lübecks Bürgermeister Jan Lindenau ergänzte: „Hier geht heute etwas richtig Gutes los.“

DIE NÄCHSTEN SCHRITTE

Über die Landesliste zur Landtagswahl entscheidet ein Landesparteitag im Januar oder Februar 2022. Bis dahin stehen in den meisten Wahlkreisen noch die Nominierungen für die Landtagskandidaturen an. In Ostholstein werden diese Nominierungen voraussichtlich in den zwei Wochen nach den Herbstferien dieses Jahres stattfinden.



Thomas stellte sich den Delegierten beim Landesparteirat mit einer engagierten Rede vor.

Nach dem Landesparteirat wurden die Teilnehmer:innen der Mission 2022 von Serpil und Thomas auf den neuesten Stand gebracht.

Foto © Niclas Dürbrook

SWAHL 2022 WERDEN



Fotos (3) © Frederik Digulla



Screenshot © SPD OH

SPARKASSE HOLSTEIN UND SPARKASSE SÜDHOLSTEIN WOLLEN FUSIONIEREN PERSONAL UND FILIALEN SOLLEN BLEIBEN

Bei der Fusion der Sparkasse Holstein und der Sparkasse Südholstein soll kein Personal entlassen und keine Filialen geschlossen werden.

Der Impuls für die Fusionsgespräche, die seit dem Herbst 2020 laufen, ging von der Sparkasse Südholstein aus. Träger der beiden Sparkassen sind die Zweckverbände Holstein, an dem die Kreise Ostholstein und Stormarn beteiligt sind, und Südholstein mit den Kreisen Pinneberg und Segeberg sowie den Städten Uetersen und Neumünster. Wenn die beiden Häuser tatsächlich zusammengehen, reicht ihr Geschäftsgebiet von der Elbe im Kreis Pinneberg bis nach Fehmarn.

Die Sparkasse Holstein hat ihren Sitz in Bad Oldesloe und Eutin sowie die Sparkasse Südholstein in Neumünster. Sollte es zur „Hochzeit“ kommen, wird der gemeinsame Name Sparkasse Holstein lauten. Durch diese Fusion würde in Schleswig-Holstein die größte öffentlich-rechtliche Sparkasse mit 1900 Beschäftigten entstehen, davon 1000 bei der Sparkasse Holstein und 900 bei der Sparkasse Südholstein. Beide unterhalten 62 Filialen sowie 68 Selbstbedienungsfilialen, haben rund eine halbe Million Kunden und verwalten 315 000 Privatgirokonten.

Die Verwaltungsräte beider Sparkassen haben sich einstimmig für den Einstieg in die Fusionsgespräche ausgesprochen, denn alle waren sich einig, dass sich die Sparkassenlandschaft in den kommenden zehn Jahren verändern wird und sich die Sparkassen neu aufstellen müssen. Wenn es zur Fusion kommen sollte, gehen zwei Sparkassen zur rechten Zeit aufeinander zu, um vorausschauend die gemeinsame Zukunft mit gebündelten Kräften zu gestalten. Die Landesregierung und auch der ehemalige SPD Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner bewerten die angestrebte Fusion positiv und unterstützen den Vorgang.

Es handelt sich um zwei wirtschaftlich gesunde Sparkassen, die Verantwortung für die Zukunft übernehmen würden. Eine gemeinsame große Sparkasse könnte den künftigen hohen Herausforderungen u. a. durch die Niedrigzinssituation, die Erfüllung der veränderten Kundenbedürfnisse und die Anforderungen aus der stetig steigenden Regulatorik deutlich besser meistern als jede Sparkasse für sich.

Betriebsbedingte Kündigungen hätten die 1900 Mitarbeiter:innen der fusionierten Sparkasse Holstein nicht zu befürchten und auch das Filialnetz soll für die Kunden:innen bestehen bleiben.

Die endgültige Entscheidung, ob es zu der angestrebten Fusion kommen wird, liegt bei den Trägern beider Sparkassen, den jeweiligen Zweckverbänden.

Die finale Entscheidung über eine Fusion steht für das zweite Quartal 2022 an. Die Zusammenlegung würde dann bis Juni 2023 vollzogen werden. Im Verwaltungsrat der Sparkasse Holstein hat die SPD Fraktion Ostholstein zwei Vertreter, die die Fusionsgespräche unterstützt haben, aber klar und deutlich ihre Forderungen bei einer möglichen Fusion formuliert haben. Oberste Priorität hat für sie:

- ✓ Kein Stellenabbau d. h. Arbeitsplatzsicherheit
 - ✓ Keine fusionsbedingten Filialschließungen, weiterhin den gewohnten Service und Beratung an den Standorten vor Ort.
- Wie sagte es ein Mitarbeiter treffend: „Die Filialen sind und bleiben ein Herzstück unserer Sparkasse – zum Wohle unserer Kunden!“ ■



Foto © Imago Images/Future Image

Burkhard Klinke
SPD Fraktionsvorsitzender im Kreistag Ostholstein und
Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse Holstein



IMPRESSUM/REDAKTION

SPD KV Ostholstein
Lübecker Straße 6
23701 Eutin
Telefon 04521/59 57
kv-ostholstein@spd.de
www.spd-ostholstein.de

V.i.S.d.P. Niclas Dürbrook, Kreisvorsitzender niclasduerbrook@gmx.de ■ **Redaktion** Niclas Dürbrook und Beate Müller-Behrens ■ **Korrektur** Susanne Böttcher-Meyners ■ **Layout und Schlussredaktion** Beate Müller-Behrens beatemuellerbe@yahoo.de ■ Nicht namentlich gekennzeichnete Artikel sind Beiträge der Redaktion ■ Dieser Ostholsteinbrief wird klimaneutral gedruckt, die nächste Ausgabe erscheint wieder digital. ■



LENSAHN HAT EINEN GUTEN KANDIDATEN FÜR DIE BÜRGERMEISTERWAHL GEFUNDEN

Am 26.9.
Björn wählen!

Auf der Jahreshauptversammlung im November 2020 traf der Ortsverein Lensahn zwei wesentliche Entscheidungen.

- Wir wollen einen SPD-Bürgermeisterkandidaten aufstellen
- Das Verfahren soll von Thiess Thiessen begleitet werden.

Die Anwesenden waren sich bewusst, dass diese Entscheidung die derzeitigen finanziellen Mittel der OV-Kasse bei weitem überschreitet. Finanziert wird der Wahlkampf vom OV, die Wahlkampfkosten fließen nur zurück, wenn unser Kandidat die Wahl gewinnt.

Nach 18 Jahren der Verwaltung unter einem CDU-Bürgermeister ist der Wunsch nach einem SPD-Bürgermeister groß. Mathias Schmidt, Volker Walther und ich wurden in die Fin-

viert auf, sein Ideenreichtum und sein analytisches Denken haben uns überzeugt, dass er die beste Wahl für Lensahn ist. Weiter beeindruckte uns seine langjährige Arbeit als Rettungssanitäter und seine Erfahrungen im Bereich der Feuerwehren Schleswig-Holsteins.

Björn Dornbusch ist ein Mensch, der auch schon bisher in Beruf und Freizeit Verantwortung für seine Mitmenschen übernommen hat. Die Entscheidung der Findungskommission war einstimmig.

Auf der Mitgliederversammlung am 21. Juni 2021 stellte die Findungskommission ihr Ergebnis und Björn Dornbusch vor. Die Mitglieder stimmten der Entscheidung der Findungskommission



Björn Dornbusch zwischen den beiden Mitgliedern der Findungskommission Mathias Schmidt und Jens Puschmann

Mehr zu Björn gibt's auf seiner Website unter <https://www.bjoern-dornbusch.de>

ditionskommission gewählt. Im April 2021 wurde die Stellenausschreibung im digitalen Stellenportal für den öffentlichen Dienst eingestellt und an alle Ortsvereine in Schleswig-Holstein per Email geschickt. Beide Ausschreibungen waren erfolgreich, 13 Kandidaten gaben ihre Bewerbung ab. Vier Kandidaten wurden zum Vorstellungsgespräch eingeladen, dabei fiel Björn Dornbusch positiv auf, er erfüllte alle Kriterien der Auswahlkommission und überzeugte durch seine Persönlichkeit.

Mit Björn Dornbusch hatte die Findungskommission einen kompetenten Bewerber vor sich, der aufgrund seiner fundierten Ausbildung und Führungserfahrung in der Verwaltung von Malente bestens geeignet ist, die Lensahner Verwaltung zu führen. Björn Dornbusch beeindruckte durch seine offene und freundliche Art. Er versteht es, auf Menschen zuzugehen, zuzuhören und mit Argumenten zu überzeugen. Er trat hoch moti-

viert auf, indem sie in geheimer Wahl mit einem klaren überzeugenden Ergebnis Björn Dornbusch als Bürgermeisterkandidat der SPD Lensahn nominierten.

Wir wünschen unserem Kandidaten alles Gute und viel Erfolg! ■

Jens Puschmann
Vorsitzender OV Lensahn

FRAGEN AN BETTINA HAGEDORN CORONA, KLIMASCHUTZ

Bettina Hagedorn antwortet hier auf Fragen, die die Menschen vor Ort interessieren. Sie ist seit 2002 für Ostholstein und Nord-Stormarn im Deutschen Bundestag und seit März 2018 die Parlamentarische Staatssekretärin für Haushalt und Europa von Finanzminister Olaf Scholz.

Die größte Herausforderung in den letzten zwei Jahren war sicherlich die Corona-Pandemie. Glaubst du, dass wir diese schwere Zeit gut überstehen werden?

Ich glaubte, mit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 und der Flüchtlingskrise 2015 bereits die schwierigsten Jahre in Regierungsverantwortung im Bundestag erlebt zu haben, als Anfang 2020 die Corona-Pandemie ausbrach und seitdem die Politik in Deutschland, in Europa und der ganzen Welt vor die größten Herausforderungen seit Jahrzehnten stellte. Auf Deutschland liegt eine gewaltige Verantwortung dafür, dass wir alle diese Krise gesellschaftspolitisch, sozial, wirtschaftlich und gesundheitspolitisch gut überstehen und gleichzeitig die Weichen mit Blick auf die Gefahren des Klimawandels, die Herausforderungen der Digitalisierung und das drohende Auseinanderdriften Europas mutig anpacken. Das waren wirklich außergewöhnliche Zeiten, die viel Kraft abverlangt haben. Aber ich glaube fest daran, dass wir gemeinsam diese Krise überstehen.

Immer mehr Naturkatastrophen erreichen Deutschland und die Welt, Dürren, extreme Regenfälle, Überflutungen. Was ist die richtige Antwort auf den Klimawandel?

Am 12. Dezember 2015 hat die damalige SPD-Umweltministerin Barbara Hendricks das Pariser Klimaschutzabkommen mit 195 Staaten und der Europäischen Union in Paris verhandelt und beschlossen. Mit diesem Abkommen haben wir uns verpflichtet, ehrgeizige Maßnahmen zum Schutz des Klimas konsequent umzusetzen, um die drastisch ansteigende Erderwärmung zu stoppen. Deutschland hat in den letzten sechs Jahren viel gemacht – aber im Bereich Landwirtschaft und Verkehr nicht genug. Die Herausforderung für Deutschland, um die Klimaschutzziele zu erreichen, ist deshalb eine größere als für andere, weil wir als einziges Land bis Ende 2022 aus der Atomkraft aussteigen und gleichzeitig bis 2038 aus der Kohle.

Auf SPD-Initiative haben wir immerhin bereits seit 2019 erstmals in der Geschichte unseres Landes ein Klimaschutzge-

setz, das verbindliche Ziele zur CO₂-Reduzierung festlegt. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 29. April 2021 „im Rücken“, dass das Klimaschutzgesetz in Teilen (!) für verfassungswidrig erklärt hatte, konnten wir mit dem nachgebesserten Gesetz vom 24. Juni endlich die Schärfungen durchsetzen, die 2019 noch am Widerstand der Union gescheitert waren. Schon im Bundeshaushalt 2019 haben wir Investitionen in Höhe von 66 Mrd. € zusätzlich (!) bis 2023 für Klimaschutz und den Strukturwandel in allen Wirtschaftsbereichen beschlossen. Seitdem haben wir mit dem Konjunkturpaket im Juni 2020 weitere Milliarden für den Klimaschutz bewilligt und auf europäischer Ebene dafür gesorgt, dass mindestens 20 Prozent aller Investitionen aus Brüssel von allen 27 Mitgliedstaaten für den Kampf gegen den Klimawandel eingesetzt werden müssen.

Aber was können wir vor Ort tun? Nicht jeder kann sich sofort ein Elektroauto kaufen.

Mein Auto in Berlin ist zum Beispiel ein Hybrid, sodass ich in der Stadt CO₂-frei unterwegs bin. Aber im ländlichen Raum ist das aufgrund meiner langen Fahrtwege und der geringen Ladesäuleninfrastruktur noch nicht möglich. Darum fördern wir als Bund den Ausbau des S-Bahnnetzes und von Ladesäulen sowie bezahlbare Elektroautos. Wir brauchen außerdem eine engere Taktung von Bussen und Regionalzügen mit niedrigen Ticketpreisen, damit die Menschen auf dem Land den Privat-PKW in der Garage stehen lassen können.



Was will die SPD für Familien tun?

Bei der SPD – wie auch bei mir seit dem Beginn meiner politischen Arbeit als junge Mutter mit drei kleinen Kindern in der Gemeindevertretung in Kasseedorf – stehen Familien und Alleinerziehende an oberster Stelle. Die SPD steht für eine Kindergrundsicherung, die aus Geld und besseren Bildungs- und Freizeitangeboten für alle Kinder besteht. Dazu sollen Kitas und Krippen beste Betreuung, Bildung und Ganztagsangebote gebührenfrei bieten. Außerdem wollen wir freie Fahrt für Kinder in Bussen und Bahnen im Nahverkehr. Das Kindergeld soll existenzsichernd sein und automatisch ausgezahlt werden. Und es folgt der Logik: Je größer der Unterstützungsbedarf der Familie, desto höher das Kindergeld. Doch für eine solche Kindergrundsicherung brauchen wir im Bundestag und im Bundesrat eine politische Mehrheit – dafür haben die Wählerinnen und Wähler am 26. September eine mächtige Stimme.

Die CDU besteht darauf, keine Steuererhöhung nach der Wahl zu erheben. Wie will die SPD die Kosten aus der Pandemie und aus den Folgen der Flutkatastrophe bezahlen?

Die CDU will nicht nur keine Steuern erhöhen, sondern diese sogar für die Spitzenverdiener um 11 Mrd. € pro Jahr durch die komplette Abschaffung des Soli drastisch senken. Ab 01. Januar 2021 ist der Soli von der Großen Koalition für über 90 Prozent aller Steuerzahler abgeschafft worden – eine Entlastung von 10 Mrd. € pro Jahr. Die SPD hat durchgesetzt, dass die Spitzenverdiener den Soli weiter zahlen müssen, was ca. 11 Mrd. € pro Jahr in die öffentlichen Kassen spült. Auch ich zahle weiter den Soli mit 4.429,59 € pro Jahr (2019) und finde das in Ordnung. Es

ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass das so bleibt. Die Spitzenverdiener und Vermögenden können und müssen mehr für das Gemeinwohl beitragen als die Normalverdiener.

Außerdem steigt seit Januar 2021 der Grundfreibetrag – für den überhaupt keine Steuern fällig sind – auf 9.744 €. Das lässt vielen Menschen mehr im Portmonee. Für die Bundestagswahl versprechen wir eine weitere Einkommensteuerreform, die die unteren Einkommen und Familien mit Kindern entlastet, was die großen Spitzenverdiener mit einem Aufschlag zur Einkommenssteuer finanzieren sollen. Die Superreichen ab 250.000 € Jahreseinkommen werden zusätzlich mit drei Prozentpunkten zur Einkommensteuer zur Kasse gebeten. Das können sich diese Menschen locker leisten und es ist ein Beitrag zur Gerechtigkeit. Wir werden weiter konsequent gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerbetrug vorgehen.

SPD

Soziale Politik für Dich.

Auf Einladung von Bettina Hagedorn waren Serpil Midyatli und Thomas Losse-Müller am 8. Juli in Bad Schwartau, Neustadt, Oldenburg und Fehmarn zu Gast.

In einem Gespräch im Schwartauer Rathaus ging es um den Kultursommer 2021. Kaum eine Region profitiert von dem Bundesprogramm, das Kultur unter Corona-Bedingungen ermöglichen soll, so stark wie Ostholstein. Dafür fließt eine halbe Million Euro in die Region. Schwartau ist eine der Kommunen im Kreis, die davon profitieren können und ein umfangreiches Programm auf den Weg bringen. Im Anschluss stand in Bad Schwartau noch ein Termin im Movie-Star-Kino auf dem Programm. Der Betreiber Lars-Roman Paech berichtete von den

gra-
vierenden
Folgen der Pande-
mie für die Kinos im Land.

Nach Bad Schwartau ging es Richtung Neustadt. Bereits zum zweiten Mal gehört das Europäische Folklore Festival zu den Gewinnern des Willi-Piecyk-Preises der SPD Schleswig-Holstein, mit dem alle drei Jahre herausragende Europa-Projekte im Land ausgezeichnet werden.

Serpil Midyatli nutzte die Gelegenheit, den Preis als Vorsitzende der SPD SH in Anwesenheit des Neustädter Bürgermeisters und Bürgervorstehers persönlich zu überreichen. Ebenfalls in Neustadt stand ein Besuch beim Umwelthaus Lübecker Bucht auf dem Programm. Hier ist ein umfangreicher An- und Neubau in Planung. Nachdem der Bund bereits Mittel zugesichert hat, ist jetzt das Land am Zug.



Den Kommunen kommt gerade bei dem Kampf gegen den Klimawandel und bei dem Erhalt einer guten sozialen Infrastruktur mit Kitas, Schulen, Begegnungsstätten, Sporteinrichtungen und Angeboten für die ältere Generation eine wichtige Rolle zu. Wie kann der Bund dort helfen?

Zunächst ist es in unserem föderalen System Aufgabe der Länder, für eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen zu sorgen. In den letzten Jahren der Großen Koalition hat der Bund auf SPD-Initiative viel für die Unterstützung der Kommunen geleistet und dafür mehrfach das Grundgesetz geändert. Als die Städte und Gemeinden in der Pandemie dazu von dramatisch sinkenden Gewerbesteuereinnahmen getroffen wurden, hat der Bund mit den Ländern beschlossen, die prognostizierten Gewerbesteuerausfälle von über 13 Mrd. € zu kompensieren. Die Gewerbesteuer ausfälle waren glücklicherweise deutlich niedriger als befürchtet, aber trotzdem hat der Bund seinen Anteil von über 6,7 Mrd. € an die Länder überwiesen. Es wird darauf zu achten sein, dass auch die Länder ihren Anteil in gleicher Höhe 2021 an die Städte und Gemeinden leisten. Außerdem übernimmt der Bund künftig auf Dauer 74 Prozent (statt 49) der Unterkunfts- und Heizkosten für Empfänger der Grundversicherung (KDU) und entlastet damit Kreise erheblich (ca. 3,4 Mrd. € im Jahr 2020). Zum Vergleich: 2010 unter schwarz-gelb betrug der KDU-Anteil des Bundes noch magere 23 Prozent.

Um die Kommunen noch gezielter zu unterstützen, gibt es seit 2016 das Förderprogramm *Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Jugend, Kultur und Sport*, wo nur sie als Antragssteller Bundesmittel beantragen können, aus dem zahlreiche Schulen und Sportanlagen in ganz Ostholstein mit fast 18 Mio. € seit 2017 profitieren konnten: das Freiherr-von-Stein-Gymnasium, die Freilichtbühne, die Sportanlage der Inselschule Fehmarn, das Schul- und Sportzentrum an den Auewiesen in Malente und das Sportstadion Waldeck in Eutin, die Sporthalle Pansdorf sowie die Sporthalle der Grundschule *Neustädter Bucht* und der Kunstrasenplatz des MTV Ahrensböök. In Berlin setze ich mich immer mit ganzer Kraft ein, dass Bewerbungen aus unserer Region den Zuschlag bekommen und stehe unseren Kommunen mit Rat und Tat zur Seite – das galt für die Förderung 2018 für das BUND Umwelthaus Neustadt wie für alle Projekte aus dem Denkmalschutzsonderprogramm seit 2008.

Bezahlbarer Wohnraum ist eine Frage der Daseinsvorsorge. Was macht denn der Bund für sozialen Wohnungsbau?



In unserem Föderalismus sind eigentlich die Länder zuständig für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Weil aber bezahlbarer Wohnraum immer drängender zu einer Frage der Gerechtigkeit wird, hat die SPD bereits im Koalitionsvertrag 2018 durchgesetzt, dass der Bund zusätzlichen mit 2 Mrd. € den sozialen Wohnungsbau fördert. Stand heute haben wir diese Förderung in den letzten drei Jahren auf 3,55 Mrd. € fast verdoppelt! Aber Fakt ist: Das Geld fließt nur schleppend ab, weil viele Kommunen es noch versäumen, über kommunale Wohnungsbaugenossenschaften den Bau von Wohnungen energisch zu beschleunigen. In vielen Städten und Gemeinden ist bislang leider keine ausreichende Baulandbevorratung erfolgt. Das muss sich ändern. Wo große Investoren Schlange stehen, um in Ostholstein an lukrativer Stelle millionenschwere Investitionsobjekte zu bauen, können diese von den Gemeinden verpflichtet werden, gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum für ihre Beschäftigten zu schaffen. Mit Blick auf die Ballungsgebiete hat der Bund das Baulandmobilisierungsgesetz erlassen. Damit können Städte und Gemeinden in angespannten Wohnungsmärkten ein Baugebot erlassen, wenn Grundstücke aus Spekulationsgründen brachliegen. Dazu haben sie ein Vorkaufsrecht auf ungenutzte oder verwahrloste Grundstücke.

Welche Forderung der SPD ist außerdem besonders wichtig für uns in Ostholstein?

Die Erhöhung des Mindestlohn auf 12,00 €: Als wir 2014 den gesetzlichen Mindestlohn einführten, haben über 22.000 Menschen in Ostholstein davon profitiert, die bis dahin weniger als 6,50 € verdient haben. Jetzt versprechen wir als Sozialdemokraten die Erhöhung des Mindestlohns auf 12,00 €, damit, wer arbeitet, auch eine ordentliche Rente hat. Davon würden in Ostholstein erneut besonders viele Beschäftigte – insbesondere Frauen – profitieren, weil bei uns die Tourismus- und Dienstleistungsbranche mit dem Einzelhandel und Gastronomie eine maximal große Rolle spielt – und das sind leider immer noch die Bereiche, in denen die Menschen bis heute zu wenig verdienen.

Ist die SPD für ein Renteneintrittsalter von 70 Jahren?

Auf gar keinen Fall, in der CDU/CSU und in der FDP gibt es für die Erhöhung des Rentenalters einflussreiche Stimmen. Im CDU-Wahlprogramm wird eine solche Erhöhung auf 70 Jahre nicht ausgeschlossen, was faktisch einer Rentenkürzung gleichkäme. Die SPD legt sich in ihrem Wahlprogramm fest und ver-



Fotos © Frederik Diaulla (links), © Büro Haagedorn (rechts)

ERFOLGE

spricht: Wir wollen am jetzigen Renteneintrittsalter festhalten, das Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent stabilisieren bei einer gleichzeitigen Deckelung der Beiträge für die jüngere Generation. Für alle Erwerbstätigen muss eine gute und verlässliche Rente nach vielen Jahren Arbeit sicher sein. Es geht um Respekt und Wertschätzung der Arbeit.

Was wertest du als besonders großen Erfolg für Ostholstein in Berlin in den letzten drei Jahren?

Den Erhalt der Fehmarnsundbrücke: Im Zusammenhang mit dem Bau der Festen Fehmarnbeltquerung hatten das Bundesverkehrsministerium und die Deutsche Bahn bis 2016 den Abriss der gut 50 Jahre alten Sundbrücke fest eingeplant, weswegen die Deutsche Bahn seit über 15 Jahren die Sanierungsarbeiten an unserem Kleiderbügel fast auf null gefahren hatte. Erst die Berichte des Bundesrechnungshofes seit 2015 und die Beschlüsse des Rechnungsprüfungsausschusses, dessen Vorsitzende ich zu diesem Zeitpunkt war, brachten im Dezember 2016 die Kehrtwende: Das Bundesverkehrsministerium wurde gezwungen, die schon laufende europaweite Ausschreibung zur Untersuchung der vier Varianten zur Sundquerung zu ergänzen und verpflichtend die Varianten zum Erhalt des Kleiderbügels mit zu beauftragen. Das Ergebnis dieser Untersuchung führte im Herbst 2019 zum Salto rückwärts des Verkehrsministeriums und erklärte den Bau eines Sundtunnels erstmals für finanziell realisierbar, der den Lärm der XXL-Güterzüge der Beltquerung im Norden effektiv schlucken kann. Noch am 6. November 2019 sprach sich der CDU-Abgeordnete Ingo Gädechens wörtlich in den Lübecker Nachrichten für eine gigantische neue Sundbrücke und den Abriss des Kleiderbügels aus (Zitat): „Eine Schrägseilbrücke mit Y-Pylonen wäre mir die liebste Variante, aber ohne Erhalt der alten Brücke.“ Im Februar 2020 verkündigte das Verkehrsministerium, den Bau eines Sundtunnels und den

In Oldenburg ging es bei einem Gespräch im Wallmuseum nicht nur um Oldenburgs Vergangenheit, sondern vor allem auch Zukunft. Bürgermeister Jörg Saba nutzte die Gelegenheit, Oldenburgs Pläne im Rahmen der Städtebauförderung vorzustellen. Nicht zu kurz kamen dabei mit Blick auf die derzeitigen Unterstützungsmöglichkeiten kritische Anregungen in Richtung von Land und Kreis. Zum Abschluss der Ostholstein-Tour, an der den ganzen Tag über



Foto © Frederik Digulla

VERSPRECHEN

Erhalt der Sundbrücke, was ein Riesenerfolg für die Kommunen im Dialogforum war. Die Bahn kündigte 2021 an, dass sie über 30 Mio. € in den Erhalt der Sundbrücke in den nächsten Jahren investieren wird. Für mich ist der Erhalt der Sundbrücke einer der ganz großen Erfolge der Arbeit im Rechnungsprüfungsausschuss.

Welches Versprechen, das du auch halten kannst, gibst du den Wähler:innen?

Seit 2002 bin ich eine starke Stimme für meine Heimat und für die Menschen hier. Im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages habe ich für enorme Investitionen des Bundes in S-H gesorgt, was für unsere strukturschwache Region bitter nötig ist. Die Menschen können mir vertrauen. Ich habe selbst Kinder und Enkel, habe jahrelang meine Eltern gepflegt und kenne mich aus mit den Sorgen der Menschen vor Ort.

Ich verspreche auch künftig meine Erfahrung, Kompetenz und meinen Einfluss in Berlin für unsere Heimat einzusetzen!

Du warst in dieser Großen Koalition das einzige Regierungsmitglied aus Schleswig-Holstein. Wie war das für dich?

Ich bin einerseits eure Abgeordnete des Deutschen Bundestages, aber gleichzeitig Teil der Bundesregierung und arbeite seit über drei Jahren als Schnittstelle zwischen dem Finanzministerium auf der einen und dem Haushaltsausschuss auf der anderen Seite. Das ist für mich persönlich ein spannender Perspektivwechsel und zugleich eine sehr ehrenvolle Aufgabe, die gerade in der Corona-Pandemie und der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 enorm viel Zeit, Verantwortung und Engagement erfordert hat – national wie international.

Auch aktuell in der Hochwasserkatastrophe kommt es zur Hilfestellung für die Menschen in den betroffenen Regionen ganz besonders auf den energischen Einsatz und die gute Zusammenarbeit zwischen Finanzminister Olaf Scholz und Bundeskanzlerin Merkel an. Persönlich schätze ich Angela Merkel sehr, aber leider haben insbesondere ihre CDU/CSU-Verkehrs- und Landwirtschaftsminister:innen stets eine konsequente Klimaschutzpolitik blockiert.

Fakt ist, dass die wichtigsten Gesetze der drei Großen Koalitionen von unseren SPD-Minister:innen durchgesetzt worden sind. Das ■ Kurzarbeitergeld in der Finanzkrise 2008 durch Olaf Scholz, die Einführung des ■ Mindestlohnes durch Andrea Nahles 2014, das ■ Gute-Kita-Gesetz und das ■ Starke-Familien-Gesetz 2018/19 durch Franziska Giffey, die ■ Stabilisierung des Rentenniveaus und die ■ Grundrente 2018/2020 durch Hubertus Heil und die ■ Milliardenhilfen in der Corona-Pandemie durch Olaf Scholz – diese Gesetze haben das Leben der Menschen effektiv verbessert. ■



Foto © studio kohlmeier

LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER,

die Bundestagswahl am 26. September ist eine Richtungsentscheidung, mit Ihren beiden Stimmen haben Sie die Wahl.

STARK IM HANDELN – NAH BEI DEN MENSCHEN

Nach diesem Motto arbeite ich seit 2002 für unsere Region im Bundestag. Zuvor habe ich 20 Jahre ehrenamtlich Kommunalpolitik am Bungsberg gestaltet, davon sechs Jahre als Bürgermeisterin und Amtsvorsteherin. Ich kenne die Sorgen der Menschen, ich habe Bodenhaftung und kann zuhören. Als gelernte Goldschmiedin und Mutter von drei erwachsenen Söhnen, die Handwerker sind, weiß ich: Gute Arbeit verdient faire Löhne, von denen man auch als Familie leben kann. Das gilt auch für die Gesundheits-, Pflege- und Tourismusbranche, wo der Respekt für die Beschäftigten bessere Löhne erfordert. Ich kämpfe für bessere Weiterbildungs- und Arbeitschancen auch für Alleinerziehende, Ältere und für Menschen ohne Berufsabschluss. Wir brauchen sie alle als Fachkräfte.

Seit fast vier Jahrzehnten engagiere ich mich für die Förderung von Familien und Kindern, für bessere Bildung und Betreuung, für eine menschenwürdige Pflege der älteren Generation und für den Erhalt unserer schönen Natur und Landschaft.

Deshalb bitte ich Sie, mich mit Ihrer Erststimme zu unterstützen.

Jhse Bettina Ugedo

**Seit dem
12. August
kann
per Briefwahl
über die
Zusammensetzung
des Bundestags
abgestimmt werden.**

SPD Soziale
Politik für
Dich.

**Sie haben die Wahl,
gehen sie wählen!**